Spahn und Özdemir fordern Muslime zu besserer Integration auf

5. März 2019



Berlin (KNA) Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Grünen-Politiker Cem Özdemir erwarten von den Muslimen in Deutschland mehr Anstrengungen zur Integration. In einem Streitgespräch der beiden für die „Welt am Sonntag“ setzte sich Spahn von der Formulierung „Der Islam gehört zu Deutschland“ des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff ab.

Er finde die Frage andersherum spannender, so der Minister: „Gehört Deutschland zum Islam?“ Und zwar in dem Sinne, ob der deutsche Rechtsstaat, die Gewaltenteilung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Minderheitenrechte oder die Religionsfreiheit zu jeder hier gelebten Glaubensrichtung des Islam gehörten: „Ist das kompatibel? Wird das in allen Moscheegemeinden und in der Predigt am Freitag unterstützt? Ich glaube nicht.“

Özdemir verwies auf Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und dessen Frage, „welcher Islam“ zu Deutschland gehöre. Der Grünen-Politiker forderte mit Blick auf die Diskussion um eine Moscheesteuer, die muslimischen Verbände in Deutschland müssten zunächst „ihre Hausaufgaben machen, um anerkannt zu werden; und dazu gehört die Loslösung von ausländischem Einfluss und Extremismus“. Auch wünsche er sich „eine stärkere innerislamische Debatte über die Rolle von Frauen“.

Die übergroße Mehrheit der Muslime in Deutschland wolle keinen salafistischen Islam, so Özdemir weiter. Sie seien „froh, dass sie hier viel mehr Rechte genießen als in den Ländern, aus denen sie oder ihre Vorfahren kommen“. Zugleich kritisierte er den Umgang mit dem deutsch-türkischen Moscheeverband Ditib: „Es geht nicht, wenn die Bundesregierung bei der Bespitzelung von türkischen Oppositionellen durch Ditib-Imame hier in Deutschland so lange pennt, bis der letzte dieser Imame ausgereist ist und alle Beweismittel verschwunden sind.“

(KNA - tknkm-89-00047)
Foto: Pixabay

Stand: 13. November 2026